

FRAU REICHE UND DIE NEUE DEUTSCHE GAS- EWIGKEIT

Wie man Abhängigkeit bekämpft, indem man eine neue organisiert

Eine zugespitzte Glosse zur deutschen LNG- und Kraftwerkspolitik

Deutschland hat aus der Energiekrise eine historische Lektion gelernt: Es ist gefährlich, die eigene Energieversorgung über Jahre und Jahrzehnte an ausländisches Gas zu ketten. Die Konsequenz daraus könnte nun erstaunlich ausfallen: Wir beenden die Abhängigkeit – indem wir den Lieferanten wechseln.

Gestern Moskau. Heute Texas.

Katherina Reiche reist zur CERAWEEK in die USA. Vorbereitungsunterlagen ihres Ministeriums legen nahe, dass dort langfristige Gaslieferverträge deutscher Unternehmen mit amerikanischen Exporteuren eine Rolle spielen sollten. Zugleich geht es um Kritik an europäischen Methanregeln und um eine energiepolitische Annäherung an die Vereinigten Staaten.

Das Wort, auf das es ankommt, lautet: langfristig.

Denn kurzfristige LNG-Importe nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren Krisenpolitik. Langfristige Lieferverträge sind etwas anderes. Sie sind Infrastrukturpolitik. Wer Gas über viele Jahre vertraglich absichert, schafft ein wirtschaftliches Interesse daran, dass dieses Gas auch abgenommen wird. Wer gleichzeitig neue Gaskraftwerke errichtet, baut praktischerweise gleich die Maschinen dazu, in denen es verbrannt werden kann. Milliarden Kosten durch fossile Rohstoffe rollen auf die unwissenden Bürger und Unternehmen zu.

Der Liefervertrag braucht das Kraftwerk. Das Kraftwerk braucht das Gas. Und plötzlich braucht Deutschland beides.

So entsteht Pfadabhängigkeit nicht durch einen großen politischen Beschluss, sondern Stück für Stück: ein Terminal hier, ein Vertrag dort, einige Gigawatt neue Gaskraftwerke – und am Ende erklärt man der Öffentlichkeit, die entstandene fossile Infrastruktur müsse nun selbstverständlich ausgelastet werden. Pustekuchen mit Technologieoffenheit.

Man könnte Frau Reiche deshalb eine schlichte Frage stellen: Wie viel amerikanisches LNG soll Deutschland 2035 noch verbrennen? Und wie viel 2040?

Wenn die Antwort „deutlich weniger“ lautet, stellt sich die nächste Frage fast von selbst: Warum sollen deutsche Unternehmen heute langfristige Verträge abschließen, deren ökonomische Logik weit in genau diese Zukunft hineinreicht?

Noch interessanter wird die Sache beim Blick auf die Alternativen. Deutschland besitzt bereits tausende Biogasanlagen, Gasspeicher, die geeignete Hardware und Digitalisierung und Netzanbindungen. Diese Infrastruktur kann – bei den richtigen Rahmenbedingungen – hochflexibel betrieben werden und erneuerbaren Strom gerade dann bereitstellen, wenn Wind und Sonne wenig liefern und das vor allem netzdienlich.

Kein LNG-Tanker muss dafür den Atlantik überqueren. Kein neuer fossiler Brennstoff muss importiert werden. Kein geopolitischer Lieferant muss für Jahrzehnte hofiert werden.

Aber heimische flexible Bioenergie hat einen kommunikativen Nachteil: Sie steht bereits da. Sie kommt nicht mit einem Tanker am Horizont, nicht mit einer großen Delegationsreise und nicht mit dem Versprechen einer vermeintlich neuen Technologie. Sie steht in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern oder Baden-Württemberg – häufig dort, wo Politik nur selten Weltpolitik vermutet.

Vielleicht ist Texas deshalb näher als der deutsche Maschinenraum.

Dabei müsste eine Ministerin, die Versorgungssicherheit ernst nimmt, zunächst fragen: Welche gesicherte Leistung können wir im eigenen Land mobilisieren, bevor wir neue Importabhängigkeiten finanzieren? Welche vorhandenen erneuerbaren Kraftwerke können flexibilisiert werden, bevor wir Milliarden in fossile Neubauten stecken? Und warum behandelt die Bundesregierung heimische steuerbare Bioenergie nicht mindestens mit derselben strategischen Aufmerksamkeit wie amerikanisches LNG?

Das führt zur unangenehmsten Frage: Wer bestimmt eigentlich die Richtung der deutschen Energiepolitik – die Anforderungen eines erneuerbaren Energiesystems oder die Geschäftslogik einer internationalen Gasindustrie, die langfristige Abnehmer für ihre LNG-Mengen benötigt?

Niemand muss unterstellen, Washington oder amerikanische Gasunternehmen schrieben deutsche Gesetze. Das wäre zu einfach. Politisch relevanter ist etwas anderes: Wenn deutsche Entscheidungen über Kraftwerksneubau, LNG-Infrastruktur und langfristige Lieferverträge ineinandergreifen, können Interessen entstehen, die den fossilen Ausstieg später erheblich erschweren, mit Milliarden Kosten.

Dann wird aus der Brückentechnologie eine Brücke, deren anderes Ufer niemand mehr erreichen möchte – weil unterwegs zu viel Geld in die Brücke investiert wurde.

Deutschland sollte deshalb nicht darüber streiten, ob Gas morgen vollständig verzichtbar ist. Die entscheidende Frage lautet, wie verhindert wird, dass eine vorübergehende Notwendigkeit zur dauerhaften Geschäftsgrundlage wird.

Die Bundeswirtschaftsministerin hat die nun, in den nächsten Wochen, die Chance, darauf eine klare Antwort zu geben: heimische erneuerbare Flexibilität zuerst, fossile Reserve nur dort, wo sie tatsächlich notwendig ist, und keine Vertragsarchitektur, die Deutschland bis weit in die kommenden Jahrzehnte an LNG bindet. Und: es sind jetzt die Parlamentarier gefragt, jedes Mitglied des deutschen Bundestages! Das parlamentarische Verfahren muss liefern und das deutsche Energiesystem vorrangig durch erneuerbare Energieversorgung gesetzlich verankern. Und dazu gehört ein langfristiges Investitionspaket in die Biogastechnologie und deren Nutzen für die Strom-, Wärmeerzeugung und flexible Speicherfähigkeit.

Deutschland hat gerade erst sehr teuer gelernt, was langfristige Gasabhängigkeit bedeutet. Es wäre ein Desaster, wenn falsche Energiepolitik diesen Lerneffekt zunichte macht.

Es wäre eine bittere Pointe, wenn die Lehre daraus lautete:

Nie wieder abhängig. Jedenfalls nicht vom selben Lieferanten. Zählt die deutsche Energiepolitik auf Trump & Co.? Sind das echte Freunde? Man muss sich nur mal die aktuelle Situation Kanada/USA anschauen.

Also bitte über den Tellerrand schauen und die deutschen Parlamentarier jetzt auffordern, das neue EEG nicht durch eine undurchsichtige Wirtschaftspolitik einer Ministerin zu zerstören.

ET